

SYSTEM
CHANGE



NOT
CLIMATE
CHANGE

EVIDE



UNIONS

FOR

FUTURE

Systemwandel
statt Normalität!



Trotz oder gerade wegen der seit mehr als einem Jahr grassierenden COVID-19-Pandemie bleibt es dabei: Ein Systemwandel ist unabdingbar!

Vor zwei Jahren gingen wir unter den Eindrücken einer starken und mehr als berechtigten Klima- und Umweltbewegung auf die Straße. Angesichts schmelzender Eisberge und stetig steigender CO²-Emissionen plädierten wir für einen Systemwandel hin zu einer Gesellschaft in der ökotolerantes Konsumbewusstsein vor kapitalistisches Wirtschaften und die Maxime des »Höher, Schneller, Weiter« gestellt wird.

Vor einem Jahr stellten wir fest: »Applaus ist nicht genug« und forderten neben einer drastischen Erhöhung der Gehälter in Berufen mit sogenannter Systemrelevanz vor dem Hintergrund des gerade erlebten weltweiten Hauen und Stechens um Atemschutzmasken, die Vergesellschaftung aller Bereiche der Daseinsfürsorge (z.B. Energie- und Wasserversorgungen, Gesundheit und Pflege) sowie der Produktion lebensnotwendiger Güter.

In beiden Jahren waren unsere Aktivitäten zum ersten Mai im Wesentlichen von vier Wünschen getragen:

- dem Wunsch nach globaler Gerechtigkeit.
- dem Wunsch nach einer Zukunft auf dieser Erde für die folgenden Generationen.
- dem Wunsch, elende Flüchtlingssituationen à la Moria künftig zu vermeiden, in dem bereits die Fluchtursachen (z.B. Wirtschafts- und Klimabedingungen) bekämpft werden.
- dem Wunsch nach einem guten Leben für alle.

Diese Wünsche haben sich freilich nicht erfüllt.

Stattdessen hat die COVID-19-Pandemie viele der von uns seit langem beklagten Missstände einmal mehr verdeutlicht. Es sind die Ärmsten dieser Erde, die am härtesten von der Pandemie getroffen sind. Weder in Flüchtlingslagern noch in Ländern mit schlechter Wasserversorgung sind COVID-adäquate Hygienemaßnahmen möglich.

Auch im weltweiten Impfwettbewerb haben die Länder des globalen Südens bisher in der Regel das Nachsehen.

Auch in diesem Land sind es nach wie vor die eher schlecht bezahlten und überproportional von Frauen oder Migrant*innen bekleideten Berufe der sogenannten Systemrelevanz, die trotz der täglichen Gefahr einer Ansteckung ihrer Arbeit in der Kranken- und Altenpflege, an der Kasse oder bei irgendeinem Lieferdienst nachgehen.

Während die von Steuergeldern gefüllten Staatskassen zur Unterstützung brachliegender Großunternehmen genutzt werden, denen dafür nicht einmal Beschäftigungsschutz für die nächste Zeit abgerungen wurde, erhalten viele Lohnabhängige entweder gar kein Gehalt mehr oder sie wurden auf Kurzarbeit gesetzt. Trotz des offensichtlichen Zusammenhangs von Zahlungsfähigkeit und Gehalt, kippte das Bundesverfassungsgericht den Berliner Mietendeckel und die Stadt Frankfurt erdreistete sich bereits im letzten Jahr, einen neuen Mietspiegel zu verabschieden, der nicht nur unzählige Mieterhöhungen nach sich zog, sondern auch den Umstand, dass ein noch größerer Teil des von uns finanzierten Kurzarbeitergeldes in die Taschen der Immobilienbesitzer*innen wandert.

Anstelle der geforderten monetären Anerkennung für Berufe mit Systemrelevanz, wurden die Arbeitsbedingung in der Pflege und in der Landarbeit noch verschlechtert.

Der Abbau von Arbeitsschutzbestimmungen

Bereits zu Beginn der Pandemie hatte die Bundesregierung die Regelung einer maximalen Arbeitszeit von zehn Stunden sowie die Mindest-Ruhezeit von elf Stunden zwischen zwei Arbeitseinsätzen flächendeckend für ganze Branchen außer Kraft gesetzt. Bis zu zwölf Stunden am Stück kann nun unter anderem ausgerechnet das schon unter normalen Bedingungen gesundheitsgefährdete und stark belastete Personal der medizinischen Berufe arbeiten. Die minimale Ruhezeit wurde für

Lohnarbeitende, deren Arbeit der sogenannten Daseinsvorsorge dient, auf neun Stunden herabgesetzt.

In diesem Jahr beschenkte die Bundesregierung die Agrarindustrie, indem sie die sozialversicherungsfreie Beschäftigung von bisher 70 auf 102 Tage anhob.

Ausländische Erntehelfer*innen dürfen sich nun drei statt vier Monate ohne Krankenversicherung zum Mindestlohn (wenn überhaupt) ausbeuten lassen und sich einer erhöhten Ansteckungsgefahr durch die Unterbringung in Mehrbettcontainern aussetzen.

Gaben diese Änderungen bereits einen Ausblick darauf, wer hier zu Lande die Pandemie am Ende bezahlen wird, hat der Ruf nach Erhöhung des Rentenalters nicht lange auf sich warten lassen. Bereits jetzt werden Stimmen laut, die eine Erhöhung von 67 auf 69 Jahre zur Finanzierung der COVID-Folgen fordern.

Wir sagen: ohne uns!

Für uns gibt es keinen Grund, ein Zurück zur Normalität zu fordern!

Normalität hieß vor Corona:

- Einige Wenige wirtschaften die durch viele und auf Kosten von Umwelt und sozial schlechter Gestellten erbrachten Gewinne in die eigene Tasche!
- Eine umweltverachtende Agrarwirtschaft hat COVID unter anderem durch das stete Zusammenrücken von Mensch und Tier überhaupt erst ermöglicht – weitere Pandemien ähnlichen Ursprungs sind in Zukunft zu befürchten.
- Kapitalinteressen, der Glaube an ein unbegrenztes Wachstum und systemimmanenter Konsumterror haben den Planeten bereits jetzt an den Rand eines Kollapses geführt.
- Die soziale Ungleichheit ist in den letzten Jahren weltweit gewachsen und hat gemeinsam mit den Klimafolgen Massen dazu gezwungen, ihre Heimat auf der Suche nach einer sicheren Existenz zu verlassen.

- Wirtschaftsinteressen wurden und werden aktuell einmal mehr über die Interessen der Unversehrtheit von Menschen gestellt. In diesem Land blieb die Wirtschaft bisher in jedem Lockdown zu großen Teilen verschont. Die Maßnahmen beschränkten sich im Wesentlichen auf unser Freizeitverhalten und machten vor vielen Fabrikatoren halt.

Nein, die gekannte Normalität ist kein allumfassendes Heil und dennoch müssen wir vermutlich selbst dafür kämpfen, dass die sozialen Bedingungen nicht hinter das Gekannte zurückfallen. Heute geht es darum, den Kampf für eine gerechte Verteilung der Corona-Folgekosten zu organisieren. Basisgewerkschaften können hierfür eine gute und schlagkräftige Struktur bilden, weil sie – anders als reine soziale Bewegungen – in der Lage sind, an den Orten der Produktion direkten Druck auf die Wirtschaft aufzubauen.

Let's get organized!

Für ein besseres Morgen!

Profit distancing statt social distancing!

**Das System hat
keine Krise.
Es ist die Krise.**



**Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union Frankfurt
Gewerkschaft für alle Berufe | frankfurt.fau.org**



Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union Frankfurt
Gewerkschaft für alle Berufe
Mühlgasse 13 | Fankfurt am Main
frankfurt.fau.org | fauaffm-kontakt@fau.org